

Prof. Dr. Sandra Seubert,
Professur für Politische Theorie
Fb 03, Institut für Politikwissenschaft
Goethe-Universität Frankfurt a.M.

**Call for papers für eine Tagung anlässlich des 300. Geburtstags von Jean-Jacques Rousseau, zugleich Jahrestagung der „Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte“ in der „Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft“
28. – 30. Juni 2012, Goethe-Universität Frankfurt/M.**

Ambivalenzen demokratischer Freiheit – Zur Aktualität von Rousseaus politischer Theorie

Im Zentrum von Rousseaus politischem Denken steht das Problem der Freiheit im Gesellschaftszustand: Sein Ziel ist es, eine Form des menschlichen Zusammenlebens zu finden, „die mit der gesamten Kraft aller Mitglieder die Person und die Habe eines jeden einzelnen Mitglieds verteidigt und beschützt; in der jeder einzelne, mit allen verbündet, nur sich selbst gehorcht und so frei bleibt wie zuvor“ (Gesellschaftsvertrag 1/6). Diese normative Idee demokratischer Freiheit ist nicht nur in sich spannungsvoll, sie steht im Lichte sich wandelnder Kontextbedingungen auch vor historisch neuen Herausforderungen. Nicht nur die Frage, wie sich individuelle und kollektive Selbstbestimmung zueinander verhalten, welches Maß an sozialer Gleichheit und politischer Beteiligung die demokratische Republik verlangt, sondern ob und wie sich die Idee demokratischer Selbstbestimmung vor dem Hintergrund von Prozessen der De-Nationalisierung überhaupt reformulieren lässt, gehört heute zu den zentralen Problemen der Demokratietheorie. Dies bietet Anlass, die Konzeptualisierung demokratischer Freiheit in Rousseaus politischer Theorie vor allem mit Blick auf darin aufgeworfene *Fragen* zum Thema zu machen. Die Beschäftigung mit der politischen Theorie Rousseaus sollte zum einen den historisch-kulturellen Kontext ihrer Entstehung reflektieren, sich aber zugleich auch auf die aktuellen Herausforderungen beziehen, denen sich demokratische Gesellschaften gegenübersehen.

Die neuere Forschung zu Rousseau nimmt diese Herausforderungen auf, was zu bedenkenswerten Akzentverschiebungen führt. Nicht mehr in erster Linie die Gegenüberstellung mit der liberalen Theorietradition, die Rousseau als Vertreter eines demokratischen Totalitarismus erscheinen lässt, der bürgerliche Freiheiten dem Diktat des Gemeinwillens opfert, steht im Vordergrund. Vielmehr gewinnt eine differenziertere Betrachtung Raum, die Rousseau als „tragischen“ Denker des Politischen interpretiert, für den die Vermittlung von individueller und sozialer Freiheit ein immerwährender Konflikt bleibt (M.Simpson). Nicht das „Unzeitgemäße“ (W.Kersting), die Restituierung eines vormodernen Tugendideals und die Wiederbelebung der Polis-Sittlichkeit der Alten, wird hier betont, sondern Rousseaus Versuch, dieses Ideal mit den Versprechen der modernen Welt zu versöhnen (J.Cohen, F.Neuhausser). Um souveräne Bürger zu sein, müssen Individuen auch zu Menschen werden können – fähig zu eigener moralischer Urteilsbildung, zur Betätigung der Vernunft und zur Bindung an Gesetze, die sie sich selbst gegeben haben. Dementsprechend gewinnt auch eine Sphäre privater Autonomie Beachtung, die Sphäre der Intimität, der empfindsamen Innerlichkeit, die Rousseau nachdrücklich beschäftigt und die auf eine dezidiert moderne Freiheitsdimension bezogen ist.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen und Akzentverschiebungen soll die Tagung deutlich machen, inwiefern die von Rousseau aufgeworfenen systematischen Fragen trotz des historischen Abstands für die aktuelle demokratietheoretische Reflexion relevant sind. Es bietet sich an, diese Fragen mit Blick auf **drei Ambivalenzen** zu thematisieren und die Tagung entsprechend in drei Abschnitte zu gliedern: Ambivalenzen der Selbstbestimmung, Ambivalenzen der Gleichheit und Ambivalenzen der Anerkennung.

1. Ambivalenzen der Selbstbestimmung

Für Rousseau stellt sich mit Blick auf die Realisierung demokratischer Freiheit ein fundamentales Problem: Wie kann gesellschaftliche Ordnung als *Selbstbestimmung* (und nicht als Einschränkung) begriffen werden? Dieses Problem berührt das Verhältnis von moralischer, bürgerlicher und politischer/demokratischer Freiheit. Rousseau geht nicht davon aus, dass die verschiedenen Freiheitsformen konfliktfrei ineinander übergehen, aber wie die Spannungen zwischen ihnen vermittelt werden können, ist nicht leicht zu beantworten. Die Verwirklichung demokratischer Selbstbestimmung wirft sozial- und institutionentheoretische Fragen auf:

- Wie können individuelle und kollektive Selbstbestimmung auf einander bezogen werden?
- Auf welche „vertragstranszendierenden Integrationsmedien“ ist die Rousseau'sche Republik angewiesen?
- Welche sozialen Praktiken und institutionellen Prozeduren machen es möglich, dass das Verfolgen kollektiver Ziele nicht als Zwang, sondern als Ermöglichungsbedingung von Freiheit wahrgenommen wird?
- In welchen Hinsichten sind Institutionen ermöglichende, inwiefern beschränkende Bedingung kollektiven Handelns?

2. Ambivalenzen der Gleichheit

Die Verwirklichung demokratischer Freiheit setzt eine Anerkennung „als Gleiche“ voraus. Nur in einer Gemeinschaft von Gleichen können wir – unter Bedingungen sozialer Interdependenz – moralische und politische Autonomie gewinnen. Aber um was für eine Art von Gleichheit geht es? Zum einen setzt demokratische Selbstbestimmung abstrakte moralische, rechtliche und politische Gleichheit als Status- und Verfahrensgleichheit voraus. Zum anderen geht es um eine *Gleichartigkeit* der Sitten, Gewohnheiten und Dispositionen – soziale Homogenität, als ethno-kulturelles Unterfutter demokratischer Praxis. Und schließlich um ökonomische Gleichverteilung von Ressourcen und Eigentum.

- Wie lassen sich die liberal-individualistische und die kommunitäre Gleichheitsdimension vermitteln?
- welches Bedingungsverhältnis besteht zwischen den sozio-ökonomischen und den politischen Grundlagen der Demokratie?
- setzt politische Gleichheit die Abstraktion oder die Anerkennung von sozialen und kulturellen Differenzen voraus?
- In welchem Verhältnis stehen die politische Gleichheit der Bürger und die moralische Gleichheit der Menschen?

3. Ambivalenzen der Anerkennung

Rousseau kann als Initiator des ‚Diskurses der Anerkennung‘ gelten. Er beschreibt die Geburt des ‚modernen Selbst‘, das nach Authentizität strebt und dabei zweierlei gewahrt wird: dass es einen Kontakt zu seinem inneren, ‚wahren‘ Selbst herstellen muss, und dass seine Identität überhaupt erst in sozialen Beziehungen erworben wird. Der ‚Blick des Anderen‘ ist durch und durch ambivalent: Er oszilliert unweigerlich zwischen Festschreibung und Bestätigung. Dem Streben nach Anerkennung wohnt daher die zweiseitige Möglichkeit von Erfüllung und Entfremdung inne.

- In welchem Verhältnis stehen Authentizität und (moralische/politische) Autonomie?
- Welche Bedeutungen haben Haltungen des moralischen Respekts bzw. der sozialen Wertschätzung für die Rousseau’sche Republik?
- Können die Gefahren des *amour propre*, des Strebens nach Geltung in den Augen der anderen, eingedämmt oder vielleicht sogar gesellschaftlich nützlich gemacht werden?

Der Call lädt papers zu allen drei Abschnitten ein. Abstracts von 1-2 Seiten werden bis zum 15.12. 2011 erbeten an seubert@soz.uni-frankfurt.de